



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/283 - 5.12.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Die Saar - deutsches oder Auslandsproblem ?	S. 1
Belgische Stimme zur Saarfrage	S. 3
Um das Entschädigungsgesetz für Kriegsgefangene	S. 4

Zuständigkeitssorgen

Von Herbert Wegner

Vorsitzender des Gesamtdeutschen Ausschusses

Ob das Saargebiet zum Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen oder des Auswärtigen Amtes gehöre, ist seit einigen Tagen das Thema von Pressemeldungen und Kommentaren. Bis zur Stunde haben sich weder der Bundeskanzler, noch der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen öffentlich zu der Anordnung geäußert, die diesen Meldungen zugrunde liegt. Es handelt sich darum, dass die Angelegenheiten des Saargebiets, die in einer Abteilung des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen bearbeitet werden, dort nicht mehr bearbeitet werden sollen, weil künftig das Auswärtige Amt allein für Saarfragen zuständig sein soll.

Es wird in der Öffentlichkeit recht gut verstanden, dass es sich bei diesem Wechsel der "Zuständigkeit" um mehr handelt, als um eine interne Arbeitsregelung der Bundesregierung. Und wenn zur Begründung dieser Anordnung erklärt wird, in der Weimarer Republik sei ja auch das Auswärtige Amt für Saarfragen zuständig gewesen, so geht dieser Hinweis an der Tatsache vorbei, dass wir zum Unterschied von der Weimarer Republik noch keinen Friedensvertrag haben, der die Grenzfragen geregelt hat. Wenn die interne Arbeits- und Zuständigkeitsverteilung der Bundesregierung die Deutung zulassen würde, dass Fragen, deren Regelung dem Friedensvertrag vorbehalten ist, schon jetzt ausschliesslich als auswärtige Angelegenheiten betrachtet und behandelt werden, so wäre

damit der wirklichen Lage nicht Rechnung getragen.

Als beunruhigend wird empfunden, dass diese bisher öffentlich nicht in Abrede gestellte Neuregelung der Zuständigkeiten im Kabinett unmittelbar nach des Bundeskanzlers Saargespräch mit dem französischen Ausserminister Bidault bekannt geworden ist. Die Öffentlichkeit hat in den letzten Wochen wiederholt erfahren, dass zwischen Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem französischen Hohen Kommissar Francois-Foncet Gespräche über Saarfragen stattfanden, über deren Inhalt offenbar nicht nur die Öffentlichkeit, sondern auch das Kabinett bisher nicht unterrichtet worden sind. Wenn die Entwicklung dieser Saargespräche noch nicht so weit gediehen sein sollte, dass sie zu weiterer Erörterung reif wären, sollte das für den Bundeskanzler ein Grund mehr sein, in dieser Zeit andererseits nichts zu unternehmen - oder unternehmen zu lassen -, durch das der Eindruck entstehen muss, es seien schon Veränderungen der Haltung der Bundesregierung in der Sache vorgenommen worden.

Von einer der Saarbrückener Regierung Hoffmann nahestehenden Zeitung erhielt das Bonner Auswärtige Amt am 26. November lobende Anerkennung, weil es erwirkt habe, dass eine vom Bundestagsabgeordneten Walz (ODU) vorbereitete Pressekonferenz abgesagt wurde. Der im Saargebiet ansässige Abgeordnete Walz war bekanntlich in diesen Tagen von der Regierung Hoffmann ausgewiesen und über die Saargrenze abgeschoben worden. Dass das Auswärtige Amt die Pressekonferenz verhindert habe, bewies - nach Ansicht der "Saarbrückener Zeitung" - "dass man in den verantwortlichen Bonner Kreisen nicht beabsichtigt, dieses Thema auszuwalzen". Eine solche Deutung der Haltung Bonns ist alarmierend, wenn angenommen werden muss, dass die zur Debatte stehende Änderung der Zuständigkeiten im Kabinett künftig nicht nur die eindeutig aussenpolitischen Angelegenheiten, sondern auch die eindeutig gesamtdeutschen Angelegenheiten, die das Saargebiet betreffen, ausschliesslich in die Hände des Auswärtigen Amtes legen soll.

Zweifelloes erwachsen dem Bundeskanzler aus der Verquickung seiner EWG-Politik mit der französischen Saarpolitik zunehmende Schwierigkeiten. Sie können aber weder überwunden, noch umgangen werden durch eine Ausschaltung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen aus den das Saargebiet betreffenden Entscheidungen. Saarfragen sind und bleiben unter anderen - und nicht zuletzt - ein Teil der gesamtdeutschen Fragen. Zuständigkeitsveränderungen innerhalb der Bundesregierung ändern daran nichts. Sie sind nur dazu geeignet, Missdeutungen und Misstrauen hervorzurufen.

Christlich-soziale Geschichtsfälschung

pt - Brüssel

Die "Cité", das Brüsseler Blatt des belgischen Gegenstücks der CDU Adenauers, der christlich-sozialen Partei Belgiens, macht in einer Europapolitik, die sich anscheinend zur Aufgabe gesetzt hat zu zeigen, daß Europa nur auf Kosten Deutschlands aufgebaut werden kann. Ihr Hauptmittel dazu sind historisch-"wissenschaftliche" Artikel, in deren geschichtlichen Angaben alles fehlt, was Deutschlands Rolle gerecht wird und deren Tendenz es ist, zu zeigen, daß es Europa immer gut ging, wenn es den Direktiven eines klerikal-katholischen Frankreich folgte.

Nachdem das Blatt vor geraumer Zeit einen Artikel gebracht hatte, in welchem das von Preußen geschaffene Deutschland als eine slawisch-östliche Unterwanderung und Unterwerfung des "eentlichen" Deutschland dargestellt war, veröffentlicht es in seiner Ausgabe vom 28. November eine "sachlich-historische" Schilderung des Saarproblems, die nur als eine Kette von Geschichtsfälschungen bezeichnet werden kann. Schon die Entscheidung des Wiener Kongresses im Jahre 1815, das Saargebiet Preußen anzugliedern, wird so dargestellt, als sei damit Frankreich französisches Gebiet entrissen worden. Die Saarentscheidung des Versailler Vertrages wird so gezeichnet, als wäre durch sie ein Frankreich angetanes Unrecht nur teilweise gut gemacht worden. Und in der Schilderung der Saar-Wahlen des Jahres 1947 und 1952 fehlt auch der geringste Hinweis darauf, daß es keine freien Wahlen waren. Daß den prodeutschen Parteien nicht nur jede Agitationsmöglichkeit unterbunden, ja, daß schließlich die deutschgesinnten Parteien unter den unsaubersten Vorwänden verboten, und die größte Gewerkschaft des Gebietes polizeilich aufgelöst wurde, weil ihr Vorstand prodeutsch war, dürfen die christlich-sozialen Leser des Blattes nicht wissen.

Es wird einfach unterschlagen, Ebenso unterschlagen wie die Tatsache, daß die meisten Führer des Saarseparatismus biederer Rheinländer sind, wie beispielsweise der Mann, der überall, wo man ihm nur Raum gibt, die gehässigsten Artikel gegen Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie schreibt, der saarländische "Justizminister", Heinz Braun. Er ist in Neuss am Rhein geboren.

+ + +

Novellen - Skandale

F.B. Ausdrucksformen der Literatur in der Politik angewandt, tragen fast immer diskreditierenden Charakter. Ein Politiker, der Romane erzählt, ist in der Regel schlecht und ein Gesetzgeber, der Novellen über Novellen verabschiedet, kann auch nicht in Anspruch nehmen, als weitsichtig bezeichnet zu werden. Aus Gesetzesnovellen Skandalgeschichten zu fabrizieren, das ist allerdings das neueste Verdienst der Bundesregierung und ihrer Koalition.

In Frosa gesprochen, es handelt sich um das Vorgehen der Bundesregierung und der CDU/CSU-Fraktion beim Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetz. Jeder einmütigen Willensäußerung des Gesetzgebers, das Gesetz endlich zu verkünden, hat bisher der Bundesfinanzminister ein hartnäckiges Nein entgegengesetzt, mit der Begründung, der Haushalt könne neuerliche Belastungen nicht tragen. Erst als die Empörungsschreie der ehemaligen Kriegsgefangenen der Bundesregierung zu sehr in den Ohren gellten, entschloß sich die CDU/CSU-Fraktion, nicht etwa aus Gründen, die mit der Wahrung der Rechte des Parlaments gegenüber der Exekutive zusammenhängen, zu dem Novellenskandal.

Man will jetzt das Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetz verkünden lassen, und unmittelbar darauf eine Novelle verabschieden, die praktisch das gleiche wie die Weigerung des Bundesfinanzministers und sein Ersatzgesetz bedeutet. In dieser Novelle sollen nämlich die Stichtage beseitigt werden, die das Rückgrat des einstimmig beschlossenen Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetzes darstellen, denn danach hat jeder ehemalige Kriegsgefangene, wenn er sich nach dem 1.1.1947 noch in Gefangenschaft befand, einen Rechtsanspruch auf 1 M Entschädigung pro Tag, nach dem 1.1.1949 auf 2 M pro Tag. Beseitigt man diesen Paragraphen, dann nimmt man dem Gesetz seinen Rechtscharakter, und macht aus ihm eine Bedürftigkeitsprüfung. Aber damit nicht genug, will man auch noch den Kreis der Bedürftigen einschränken, indem man bestimmte Einkommensgrenzen festlegt, die nicht überschritten werden dürfen, wenn der Heimkehrer eine Existenzaufbauhilfe, Hausratshilfe oder etwas Ähnliches erhalten soll.

Nun kann man darüber sprechen, ob es nicht zweckmäßig wäre, das Kriegsgefangenen-Entschädigungsgesetz so zu gestalten, daß die Bedürftigsten der Heimkehrer bevorzugt entschädigt werden, was das bisher

vorliegende Gesetz ohnehin schon vorsicht. Verbesserungen sind trotzdem zweifellos noch möglich, wobei wir die Bedürftigkeitsgrenzen, die in der Novelle der CDU/CSU-Fraktion enthalten sind, für viel zu niedrig ansehen. Man darf aber nicht den Rechtsanspruch des Gesetzes beseitigen. Wenn eines Tages im Friedensvertrag die Kriegsgefangenenarbeit zu Buche schlagen soll, dann wird die Bundesregierung auch nicht die Heimkehrer von der Liste absetzen wollen, die sich heute in guten Vermögensverhältnissen befinden. Und auch der Rechtsanspruch in den Kriegsbeschädigten-Renten richtet sich nicht nach der gegenwärtigen Vermögenslage.

Das Ärgste aber ist, daß die Bundesregierung noch nicht einmal die Absicht hat, die dafür vorgesehenen 50 Millionen M in Wirklichkeit auszugeben. Diese Summe soll nämlich ausgerechnet aus dem von der Bundesregierung beantragten erhöhten Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftssteuer von 38 auf 42 Prozent bezahlt werden. Da die Länder Schäffer sicherlich einen Strich durch die Rechnung machen werden, stehen die 50 Millionen praktisch nur im Rauchfang.

Und diese Bundesregierung, die die alten Soldaten und die Heimkehrer so schäbig behandelt, hat die Stirn, von der Jugend zu verlangen, erneut mit Begeisterung zu den Fahnen zu eilen !

+ + +

Max Brauers Empfang in New York

Aus den USA wird uns geschrieben:

Anlässlich des hiesigen Aufenthalts des Bürgermeisters von Hamburg hat der Aufsichtsrat und Vorstand der Arbeiter Kranken- und Sterbekasse von Amerika (Workmen's Benefit Fund, USA) für Max Brauer einen Empfangsabend vorbereitet, um die ehemalige enge Zusammenarbeit mit ihm zu erneuern. Die Arbeiter Kranken- und Sterbekasse USA, die über 6000 Mitglieder zählt, wurde 1884 von deutschen Sozialisten gegründet zu einer Zeit, in der von der sozialen Bewegung hierzulande noch nichts zu spüren war. Anlässlich ihres 70jährigen Bestehens 1954 sind von der Kasse größere Veranstaltungen geplant, u.a. Schiffsreisen und Flüge nach Deutschland, die im Frühjahr ihren Anfang nehmen und ihren Mitgliedern somit die Gelegenheit geben, diese Reisen zu verbilligten Raten zu unternehmen. Es bestehen keine Zweifel, daß auf diese Weise die Verbindung mit den deutschen Sozialdemokraten aufs neue gestärkt wird.

Die Arbeiter Kranken- und Sterbekasse, USA, ist noch heute ein vorbildliches Unternehmen in den Vereinigten Staaten, das von den deutsch-amerikanischen Arbeitern große Unterstützung findet. Sie zahlt Krankengelder und leistet Hilfe ihren in Not geratenen Mitgliedern, wie auch bei Unfall, Krankenhauspflege und chirurgischen Behandlungen. Die Genossenschaft unterhält Altersheime, Genesungshome und Kinder Camps in verschiedenen Staaten von Nordamerika.

Verantwortlich: Peter Raunau